

Herne erklärt den Klimanotstand

Rat der Stadt: Nur die AfD stimmte gegen den symbolischen Beschluss. Linkspartei und Grüne vermissten konkrete Ziele. Initiative ging von Bürgern aus

Münster, Kiel, Gladbeck, Herford, Münster, Konstanz, Bochum . . . Herne: Wie bereits in mehreren anderen Städten ist am Donnerstagabend auch in Herne der „Klimanotstand“ ausgerufen worden. Gegen diesen symbolischen Beschluss des Rates stimmte zwar am Ende nur die AfD, doch Kritik gab es auch aus den Reihen der Befürworter. Den Grünen und insbesondere der Linkspartei fehlten in dem letztlich von SPD und CDU formulierten Antrag verbindliche Ziele.

SPD verteidigt den Begriff „Notstand“

„Alles Verbindliche wurde rausgestrichen“, sagte Linke-Fraktions-Chefin Veronika Buszewski. Um den Druck zu erhöhen, hätte der Beschluss um Inhalte ergänzt werden müssen. Andere Kommunen seien deutlich konkreter gewesen und hätten unter anderem einen Vorrang für den Radverkehr, eine Solardachpflicht oder einen Zielkatalog für Stadttöchter festgeschrieben. Erst nach längerer Debatte hätten sie entschieden, so Buszewski, dieser Fassung zuzustimmen.

Etwas versöhnlicher klang Pascal Krüger (Grüne). Aufgrund der dramatischen Situation sei es richtig, den Klimanotstand auszurufen. „Wir haben es in der Hand, was daraus folgt“, sagte der Grünen-Chef. Mit Konzepten allein sei noch kein Leben gerettet und noch kein CO₂ abgebaut worden.

CDU-Fraktions-Chefin Bettina Szelag sah in dem Beschluss ein „Bekenntnis zu einer nachhaltigen Umweltpolitik“, die in Herne aber schon lange verfolgt werde. Mit dem Wort „Notstand“ könne die CDU aber nicht viel anfangen, so Szelag.

Vom Ratspartner gab es hier Widerspruch: „Wir stehen voll hinter diesem Begriff. Es ist nicht 5 vor 12, sondern schon viertel nach 12“, entgegnete Roberto Gentilini, umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Die Verbindlichkeit sei ihm und der SPD wichtig, deshalb würden sie auch weitere konkrete Ergänzungen zu den bereits beschlossenen Konzepten einbringen. „Dabei dürfen wir aber nicht die soziale Balance aus den Augen verlieren.“

AfD spricht von Panikmache

Auch Bernd Schroeder (Piraten-AL) und Thomas Bloch (FDP) riefen den Klimanotstand aus. Wenn man einen solchen Beschluss als „heiße Luft“ bezeichne, „nimmt man die Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst“, so Bloch. Pirat Schroeder beklagte wie Gentilini, dass es eigentlich schon zu spät sei: „Es geht nur noch um Schadensbegrenzung.“

Armin Wolf (AfD) bezeichnete diese Initiative dagegen als „Panikmache“ und „Schaufensterpolitik“. Mit einer solchen Politik gänge man den Bürger, schade der Wirtschaft und schränke Freiheitsrechte ein. Das wollte Thomas Reinke (Grüne) nicht stehen lassen: „Panikmache und Schaufensterpolitik finde ich nicht in einem solchen Beschluss, sondern bei der AfD in den Sozialen Medien.“

Die Initiative für den Beschluss über einen Klimanotstand ging in Herne von der Bevölkerung aus. Ein entsprechender Antrag für den Ausschuss für Bürgereingaben wurde in den Umweltausschuss verwiesen. Die Grünen legten hier einen konkreteren Antrag vor, der dann aber noch von SPD und CDU durch einen Änderungsantrag komplett ersetzt und ein wenig entschärft worden ist. Dieser rot-schwarze Text wurde nun auch im Rat beschlossen.

Ja zu Bergmannsampeln

Die Stadt soll in jedem der vier Bezirke Standorte für „Bergmannsampeln“ benennen. Dieser Antrag von SPD und CDU wurde bei einer Gegenstimme (Alternative Liste) beschlossen.

Im Bezirk Eickel hatte die Verwaltung die Einrichtung einer Fußgängerampel mit Bergmann-Silhouette noch blockiert und rechtliche Bedenken geltend gemacht - zum Unverständnis der Bezirkspolitiker.

OB sorgt sich um politisches Klima

Appell im Rat. Dudda kritisierte Demo-Störer

Oberbürgermeister Frank Dudda hat am Dienstag im Rat außerplanmäßig das Wort ergriffen. Er sehe die Gefahr, dass sich das politische Klima der Stadt ändere - „zum Nachteil“, sagte der OB vor dem Einstieg in die Tagesordnung.

Hintergrund seines Wortbeitrags war die erste Fridays for Future-Demonstration am Freitag in der Innenstadt. Diese Klima-Demo sei von einigen Menschen missbraucht worden, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen; das Ziel der Fridays for Future-Bewegung, so Dudda, hätten sie nicht im Blick gehabt.

Wen er meinte, sagte er nicht. Der OB, der bei der Klima-Demo Grußworte an die Teilnehmer richtete, wurde in seiner Rede mehrfach gestört. So etwas habe er noch nie erlebt: Er selbst sei beleidigt, die Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments, die die Demo veranstalteten, seien unter Druck gesetzt worden.

Lang anhaltender Beifall

„Ich werbe für ein anderes politisches Klima“, sagte der Oberbürgermeister und erhielt für seine Worte lang anhaltenden Beifall aus weiten Teilen der Fraktionen und Gruppen. Selbstkritisch sagte er zugleich, dass sich die Politik, etwa in den Sitzungen, mehr öffnen müsse, um mehr Bürger zu erreichen. Er trete für einen Dialog ein, betonte Dudda. Wer unzufrieden sei, solle gehört werden: „Wir werden Lösungen finden.“